

STAATSANZEIGER

Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik



und Verwaltung in Baden-Württemberg

Standpunkte

Gewerkschaft ist für Videoüberwachung

Überwachungskameras an Polizeigebäuden sind laut Landesdatenschutzgesetz nur ausnahmsweise zulässig. Das missfällt der Gewerkschaft der Polizei. Sie wünscht sich eine Regelung wie in Bayern. **Seite 2**

Kreis & Kommune

Eberhard Trumpp zieht Bilanz

Seit 1993 ist Eberhard Trumpp Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, Ende Juli geht er in den Ruhestand. Im Interview erklärt er, mit welcher Strategie er in die Verhandlungen mit dem Land gegangen ist und worauf er sich ab 1. August am meisten freut. **Seite 7**

Wirtschaft

Neue Hilfen für kleine Ideen

Besonders für Kleinstgründer ist der Zugang zum Kapitalmarkt oftmals schwer. Um ideenreichen Menschen zu helfen und das Angebot der Hausbanken zu ergänzen, fördert die L-Bank die Gründer mit Kleinstkrediten. **Seite 10**

Bildung & Wissenschaft

Zweifel am Nutzen von digitalem Lernen

Grün-Schwarz hat die Digitalisierung des Unterrichts als ein zentrales Handlungsfeld ausgemacht. Unter internationalen Trendsettern geht die Entwicklung aber in eine andere Richtung. In technologischen Spitzenregionen boomen analoge Schulen. **Seite 22**

Online-Umfrage-Ergebnis

Sollen verkaufsoffene Sonntage auch ohne Anlass möglich sein?

Ja: 30,6%

Nein: 69,4%

Mehr Informationen finden Sie auf staatsanzeiger.de.

Ausschreibung & Vergabe

EuGH entscheidet über Direktvergaben

Direktvergaben im Bereich von Bus und Bahn landen nicht selten vor den Vergabekammern. Düsseldorfer Richter haben nun den EuGH angerufen. Mit einer Entscheidung ist frühestens 2018 zu rechnen. **Seite 24**

Beruf & Karriere
mit Stellenanzeigenteil

Seite 13

Zentralblatt
Amtliche, öffentliche und gerichtliche Bekanntmachungen

Seite 19



2,60 Euro

LESERSERVICE

Zentrale (0711) 666 01-0
Aboservice (0711) 666 01-44
Anzeigen (0711) 666 01-222

Justizvollzug

Gewerkschaft fordert 1000 zusätzliche Haftplätze im Land

Zu viele Inhaftierte, zu wenige Haftplätze, zu wenig Personal im Justizvollzug. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten beklagt, dass Mehrfachbelegungen die Regel sind – was verstärkt zu Spannungen führe. Es brauche mehr Personal und 1000 Haftplätze zusätzlich.

Von Jennifer Reich

STUTTGART. Der Tatverdächtige im Mordfall Endingen wurde vergangene Woche von Mitinsassen in der Untersuchungshaft angegriffen und verletzt. Um Übergriffe zu verhindern, müsste man Gefangene im Prinzip ständig überwachen. Doch dafür fehlt das Personal, heißt es beim Landesverband des Bunds der Strafvollzugsbediensteten (BSBD).

Hinzu kommt, dass durch die stark gestiegene Zahl an Häftlingen die Mehrfachbelegung der Zellen zur Regel geworden sei, so der Landesvorsitzende Alexander Schmid. Das nehme den Spielraum, was etwa problematische Gefangene angehe. Oft könne man sie nicht anderweitig unterbringen oder neue Gruppen, in denen Häftlinge miteinander harmonieren, bilden.

Für 7442 Gefangene stehen 7116 Haftplätze bereit

Laut BSBD wird flächendeckend gegen das gesetzliche Gebot der Einzelunterbringung verstoßen. Das führe verstärkt zu Spannungen zwischen Gefangenen, aber auch zwischen Gefangenen und Vollzugsbeamten. Im Idealfall ist für Schmid ein Gefängnis zu maximal 90 Prozent belegt, um eben besag-

ten Handlungsspielraum zu haben. Was angesichts der steigenden Zahl psychisch auffälliger Häftlinge, aber auch durch die zunehmenden Probleme durch verschiedene Kulturen und ethnische Hintergründe, wichtiger werde. Davon ist man derzeit jedoch weit entfernt. Schmid, der seit 26 Jahren im Strafvollzug tätig ist, hält 1000 Haftplätze mehr für notwendig.

Seit August 2015 steigt die Zahl der Inhaftierten stetig an. Am 30. April befanden sich laut Justizministerium 7442 Gefangene in den Justizvollzugsanstalten (JVA) – 1850 Untersuchungsgefangene und 5336 Strafgefangene. 7116 Haftplätze stehen bereit (siehe Grafik). „Die Gefängnisse in Baden-Württemberg sind überbelegt“, sagt Ministeriumssprecher Robin Schray. Deshalb würden derzeit Zellen mehrfach belegt. Dazu benötigt man das Einverständnis der Gefangenen.

„Der seit Mitte 2015 zu beobachtende dramatische Anstieg ist insbesondere auf einen starken Zuwachs ausländischer Gefangener zurückzuführen“, sagt Schray. Derzeit liegt der Anteil ausländischer Gefangener bei rund 46 Prozent. 2015 lag er bei rund 39 Prozent.

Jörg Kinzig, Leiter des Instituts für Kriminologie an der Universität Tübingen, sieht noch einen weiteren Grund für die vollen Gefängnisse: „Für die knapper werdenden Haftplätze sind offensichtlich auch längere Inhaftierungsdauern verantwortlich“, sagt er. „Benötigt werden also vor allem neue Haftplätze, auch um etwa Doppelbelegungen von Zellen zu vermeiden, die nicht nur zu Konflikten zwischen Gefangenen führen können, sondern auch unter dem Aspekt der Einhaltung menschenwürdiger

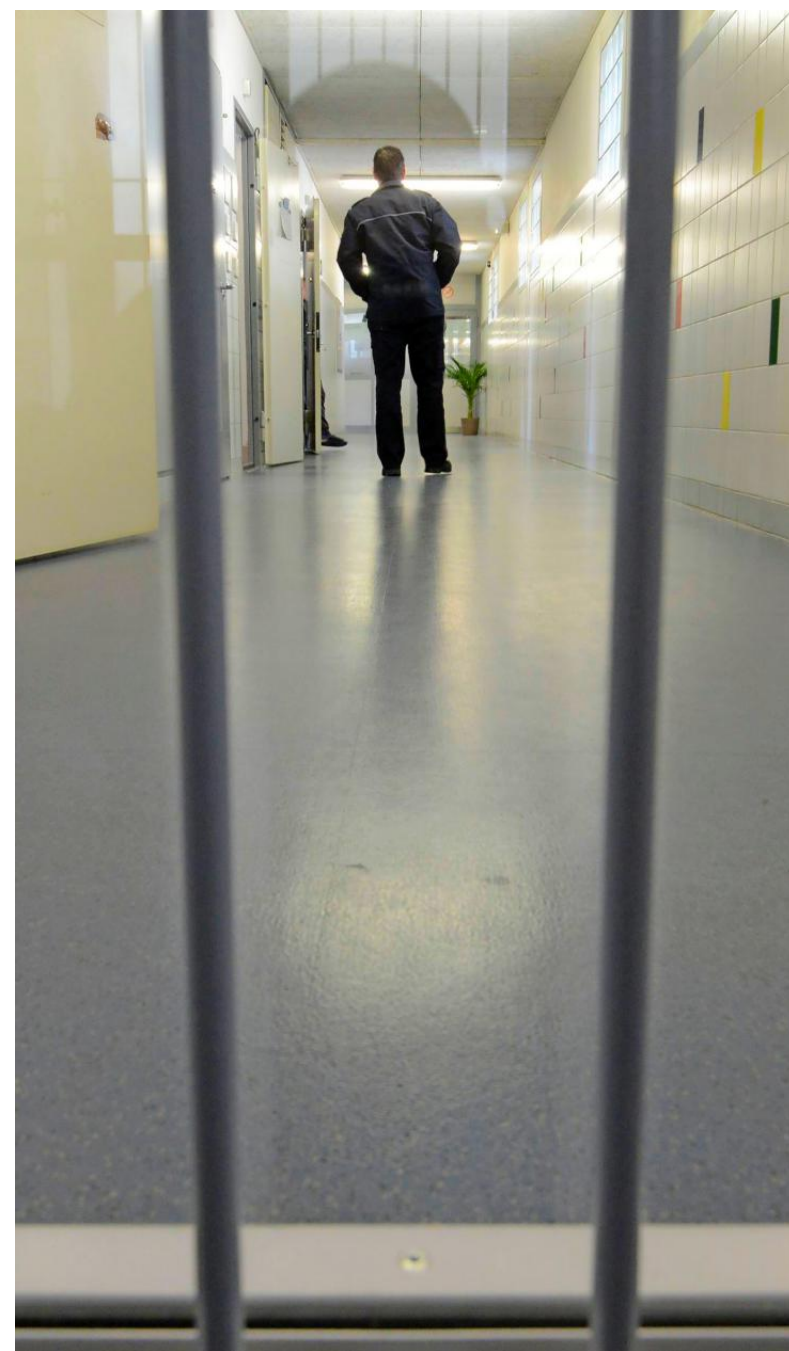
Standards im Strafvollzug nicht unproblematisch sind.“ Im Vergleich zu anderen Bundesländern stehe Baden-Württemberg bei der Mehrfachbelegung „nicht besonders gut da“. Immerhin habe das Land angekündigt, bis zum Jahresende mit weiteren Haftplätzen „für eine gewisse Entlastung zu sorgen“.

Ministerium reagiert im Rahmen der Möglichkeiten

Im Ministerium heißt es, man reagiere „im Rahmen der Möglichkeiten baulich und personell“. Man kämpfe aber mit der Schwierigkeit, dass sich im Vollzug – weniger noch als in anderen Bereichen – kaum kurzfristige Maßnahmen ergreifen lassen, sagt Schray. 2016 wurden in der JVA Heilbronn 60 neue Haftplätze geschaffen. Noch in diesem Jahr sollen in der JVA Stuttgart rund 670 neue Haftplätze bereitgestellt werden. Auch soll der alte Bau der JVA Stuttgart mit rund 400 Haftplätzen weiter genutzt werden. „So können wir Haftplätze, die wir derzeit dringend benötigen und die sonst weggefallen wären, erhalten“, sagt Schray.

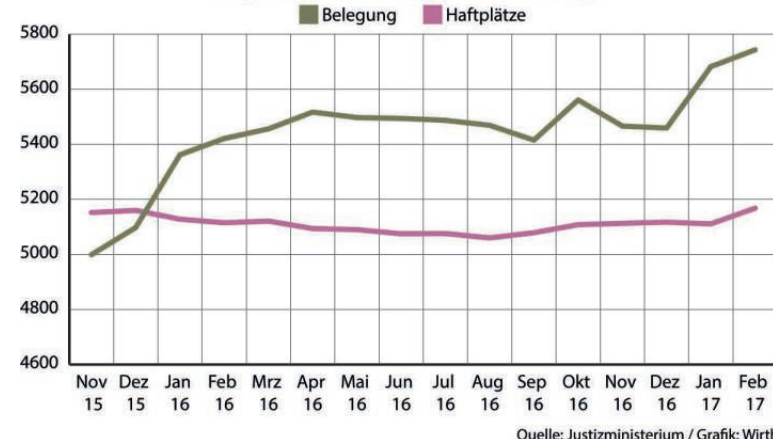
Das Ministerium habe stets darauf hingewiesen, dass der Justizvollzug auf diese Belegung weder baulich noch personell ausgerichtet war, sagt Schray. In einem ersten Schritt sei es im Haushalt 2017 gelungen, 67 Neustellen zu schaffen. Es fehlten für den Vollzug allerdings weitere 200 Stellen. Das Ministerium hoffe nun auf den neuen Doppelhaushalt. Der BSBD hält 200 Stellen kurzfristig für ausreichend. Mittel- und langfristig bräuhete man jedoch 500 neue Stellen – über alle Laufbahnen hinweg.

Kommentar auf Seite 2.



Die Flure in Justizvollzugsanstalten, hier in Freiburg, sind in der Regel leer. Doch in den Zellen sieht es derzeit in Baden-Württemberg anders aus. Es fehlt an Haftplätzen. FOTO: DPA

Entwicklung der Gesamtbelegung im geschlossenen Männervollzug



Kehrtwende bei Plänen zu Fahrverboten

Ministerium rückt von Kennzeichenerfassung ab

STUTTGART. Kehrtwende im Haus von Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne): Nach einem kritischen Medienbericht nimmt das Ressort Abstand von dem Gedanken, zur Überwachung von geplanten Fahrverboten für viele Diesel-Fahrzeuge automatisch Autokennzeichen zu erfassen. „Dieses Mittel wollen wir nicht einsetzen“, sagte ein Sprecher am Mittwoch.

Zuvor hatte das Ministerium einen Bericht der „Südwest Presse“ bestätigt, wonach es das Innenministerium gebeten habe, den Einsatz einer automatischen Kennzeichenerfassung zu prüfen. Bei dieser Prüfung könne freilich auch herauskommen, dass der Einsatz des Systems zu diesem Zweck nicht möglich sei, hieß es am Morgen.

Justizminister Guido Wolf (CDU) sagte: „Dass auf Mautdaten selbst zur Aufklärung von Mordfällen nicht zurückgegriffen werden darf, das Verkehrsministerium aber den Einsatz automatischer Kennzeichenerfassungssysteme zur Durchsetzung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge prüft, hat mich überrascht.“

Die Opposition aus SPD und FDP hielt den Grünen vor, beim Thema Datenschutz mit zweierlei Maß zu messen.

Hintergrund für die erwogene Maßnahme: An Tagen mit extrem hoher Luftbelastung soll es in Stuttgart ab 2018 Fahrverbote für Diesel geben, die die jüngste Abgasnorm Euro 6 nicht erfüllen. Kontrollen zur Einhaltung des Fahrverbots wären schwierig, da personalintensiv. (lsw/sta)

Strobl für Überwachung radikalisierter Kinder

Innenminister unterstützt Vorschlag aus Bayern

STUTTGART. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) stellt sich hinter den Vorschlag seines bayerischen Ressortkollegen, bei Bedarf auch Kinder vom Verfassungsschutz überwachen zu lassen. „Die Radikalisierung macht auch vor Kindern nicht halt“, wurde der CDU-Vize am Mittwoch in der Rhein-Neckar-Zeitung zitiert: „Islamisten versuchen ganz gezielt, Kinder und Jugendliche für ihre finsternen Ziele zu gewinnen.“ Das habe der Fall eines Zwölfjährigen aus Ludwigshafen gezeigt.

Der Vorstoß von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) war Thema beim Treffen der Innenminister von Bund und Ländern in Dresden, das an diesem Mittwoch zu Ende ging. Der rheinland-pfälzische Innenminister

ter Roger Lewentz (SPD) hatte den Vorschlag einer Geheimdienst-Überwachung von Kindern als undenkbar bezeichnet.

Potenziellen Opfern sei das Alter ihres Mörders egal, sagte Strobl. „Deshalb kann der Verfassungsschutz auch vor radikalisierten gefährlichen Kindern nicht die Augen verschließen.“ (lsw/sta)

Online-Umfrage

Geben Sie auf staatsanzeiger.de Ihre Stimme ab.

Soll der Verfassungsschutz auch Kinder überwachen dürfen?

Ja
 Nein

Gebiet um Feldberg anerkannt als Biosphärenreservat

PARIS/FREIBURG. Ein Teil des Schwarzwalds darf künftig den Titel Unesco-Biosphärenreservat tragen. Das teilte am Mittwoch eine Sprecherin in Paris mit.

Das neue Reservat, bereits 2016 nach Landesrecht als Biosphärengebiet anerkannt, ist mit 630 Quadratkilometern Fläche größer als der Bodensee. Es liegt überwiegend westlich und südlich des Feldbergs und ist von Mischwäldern und Bergweiden geprägt.

Die Urkunde soll am 8. Oktober in Bernau (Kreis Waldshut) übergeben werden. Die Schwarzwald Tourismus GmbH reagierte begeistert. Mit der Biosphäre, dem Nationalpark und den beiden Naturparks seien in Deutschlands größter Ferienregion nun die höchstklassifizierten nationalen und internationalen Schutzgebiete vertreten, teilte Pressesprecher Wolfgang Weiler mit. (lsw/sta)